

## New York bekämpft das Verbrechen mit strengsten Methoden

# Die gezähmte Metropole

Von Bernhard Maier

Hartes Durchgreifen gegen Verbrechen wird auch in Österreich immer wieder als Schlüssel zur inneren Sicherheit gesehen. Die Forderung "Lebenslang muß wirklich

lebenslang sein!" ist ein plakatives Beispiel für die Vorstellung einer Kriminalpolitik, die kein Auge zudrückt und Strafen mit unnachgiebiger Härte vollzieht. Der ehemalige Staatsanwalt und

zunehmende Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, exerzierte die harte Gangart in seiner Stadt vor. Seine Politik des "Zero Tolerance" fand nicht nur in Expertenkreisen weltweit

Beachtung.

Das Fundament dieser Politik bildet die 1982 veröffentlichte Broken Windows-Theorie der amerikanischen Kriminologen James Q. Wilson und George L. Kelling. Sie zählen zu jener

wissenschaftlichen Schule, die den Namen "NewRealists" trägt und deren Vertreter davon ausgehen, daß menschliches Verhalten in der Hauptsache von einem Kosten-Nutzen-Kalkül geprägt ist.

Kriminalität ist daher gemäß dieser Denkschule nur geringfügig durch gesellschaftliche Faktoren wie Schichtzugehörigkeit oder Bildung bedingt. Die Metapher, mit der Wilson und Kelling versuchen, die

wesentliche Idee ihres Gedankenkonstrukts zu veranschaulichen, ist die eines Hauses mit einem eingeschlagenen Fenster. Wird dieser Schaden nicht umgehend behoben, so stellt er ein Signal für seine

Umwelt. Er gibt zu verstehen, daß sich niemand für die Reparatur des Fensters verantwortlich zeigt, ein weiterer Vandalenakt daher ohne Folgen für den Täter bleibt. Diese unmißverständliche Botschaft

führt letztendlich dazu, daß innerhalb kürzester Zeit auch die übrigen Fenster des Hauses zerstört würden, so Wilson und Kelling.

Die Präsenz der Polizei

Umgelegt auf die Polizeiarbeit bedeutet dies, die Präsenz der Polizei auf der Straße zu erhöhen, um auch bereits geringe Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu unterbinden. Diese würden nämlich

· blieben sie ungeahndet · zu größeren Unregelmäßigkeiten verführen. Wilson und Kelling richten sich dabei insbesondere gegen unordentliches Verhalten (im Original: disorderly behaviour) in der

Öffentlichkeit, in dem bereits Sozialschädlichkeit erkannt wird, selbst wenn es noch nicht als kriminell klassifiziert werden kann. Dazu zählt etwa das unerlaubte Rauchen in öffentlichen

Verkehrsmitteln, das Verrichten der Notdurft, der Konsum von Alkohol oder das Betteln an öffentlichen Plätzen, auf der Straße liegende oder sitzende Obdachlose sowie herumlungernde Gruppen von

Jugendlichen.

Kritik an diesem Ansatz äußern die deutschen Kriminologen Gunter Dreher und Birgit Kunz, indem sie darauf hinweisen, daß die Broken-Windows-Theorie die Gefahr der Diskriminierung subkultureller

Lebensstile birgt. "Da schon jedes von der Norm abweichende Verhalten als sozialschädlich eingestuft werden kann, weil es sozusagen ein zerbrochenes Fenster darstellt, gibt es kaum Handlungen, die

nicht darunter subsumiert werden können", warnen die Deutschen in einem Artikel für das Fachblatt Kriminalistik.

Der Kriminologie Nils Christie aus Oslo, der in der Tradition des liberalen Skandinaviens steht, vermißt den Sinn beim rigiden Vorgehen gegen unordentliches Verhalten. "Wenn öffentliches Urinieren

stört, das haben schon einige Kollegen gefragt, warum stellen sie dann nicht mehr öffentliche Toiletten auf? Das wäre rational. Aber es wird nicht gemacht. Statt dessen wird die Polizei eingesetzt,

um diese kleinen unerwünschten Handlungen zu unterbinden, die das schöne Bild vom Staat bedrohen, der alles unter Kontrolle hat", polemisiert der Norweger bei einem Interview mit dem Magazin

"Neue Kriminalpolitik".

Wiewohl die Zero Tolerance-Politik auf der Broken Windows-Theorie fußt, ist sie nicht deren unmittelbarer Ausfluß. Die Autoren Wilson und Kelling propagieren nämlich die Umsetzung

ihrer Theorie durch gemeindenaher Polizeiarbeit (community policing). Dabei soll die Polizei in verstärkter Kooperation mit Bürgern und anderen öffentlichen Stellen (etwa Wohn- und Schulbehörde

oder Betreibern öffentlicher Verkehrsmittel) für Sicherheit auf der Straße sorgen. Dieser Vorstellung der Polizei als Freund und Helfer wird die New Yorker Realität nicht gerecht. Giulianis Politik

baut weniger auf Zusammenarbeit als auf drakonischen Strafen auf. Wer sich zum Beispiel im Big Apple beim Schwarzfahren in der U-Bahn erwischen läßt, kann sogar mit einer Übernachtung in der Zelle

rechnen.

Lebenslang für Pizzadiebe

Giuliani setzt den kriminalpolitischen Weg der USA der letzten Jahre fort, der erstmals 1986 von Ronald Reagan beschritten wurde. Dieser läutete den "War on Drugs" ein. Die legistische

Strategie dieses Krieges lag in der Verhinderung richterlicher Milde im Strafprozeß. Beispielhaft dafür steht neben anderen die "Three strikes · you are out"-Regelung: unabhängig vom Delikt ist

bei der dritten Verurteilung eine lebenslange Haftstrafe möglich, in manchen Bundesstaaten sogar zwingend vorgeschrieben. So kam es, daß ein vorbestrafter Jugendlicher aufgrund des Diebstahls eines

Pizzastücks lebenslang hinter schwedische Gardinen geschickt wurde.

Heinz Steinert, Leiter des Instituts für Kriminalsoziologie in Wien, weist mit Vehemenz darauf hin, daß das Land der unbegrenzten Möglichkeiten durch seine unnachgiebige Härte zum Einsperrungsstaat

wurde. Auf 100.000 Amerikaner kommen 550 Häftlinge. Diese Quote entspricht der der ehemaligen Sowjetunion, so der Soziologe, der im Sommersemester 1997 selbst Forschung in New York betrieben hat.

Weiters besteht eine Konzentration der Einsperrung auf bestimmte gesellschaftliche Schichten. Insbesondere junge, schwarze Männer aus der Unterschicht laufen Gefahr sich in den Schlingen der

Strafverfolgung zu verheddern. Davon ausgehend, daß die Angehörigkeit eines Menschen zu dieser Risikogruppe etwa zehn Jahre dauert, wandert statistisch gesehen jeder zweite mindestens einmal ins

Gefängnis, rechnet Steinert vor.

Aller akademischer Kritik zum Trotz findet das Modell New York in Polizeikreisen Anklang. Der Big Apple wurde zur Pilgerstätte der Cops. Unlängst waren es Polizeiteams aus Chicago, die ihren Kollegen

in New York auf die Finger schauen durften. Nachdem die "Chicago Sun-Times" Anfang Dezember mit der Schlagzeile Alarm schlug, Chicago habe bei der Hälfte der Einwohner eine in absoluten Zahlen

deutlich höhere Anzahl an Mordtaten als New York, gab der Polizeichef Terry Hillard bekannt, er wäre bereits auf die New Yorker Linie umgeschwenkt. Beamte wären bereits auf Schulung nach New York

geschickt worden und auch er selbst plane einen "Studienaufenthalt" in der Stadt am Hudson-River.

Die Bewohner New Yorks sind in ihrer Meinung gespalten. Beliebtheit erfreut sich der Bürgermeister vor allem beim wohlhabenden Mittelstand, der in den siebziger Jahren vor der steigenden Kriminalität

die Flucht ergriffen und die Stadt verlassen hat. Nun traut man sich wieder ins befriedete Manhattan. Aber auch in den weniger noblen Stadtteilen findet Giulianis Regentschaft mit eiserner Hand

Zustimmung in Anbetracht der Zahlen, die für ihn sprechen. Die Mordrate fiel um 70 Prozent in den letzten acht Jahren. 1990 zählte die Stadt 2.200 Mordopfer. 1998 beklagte man nur mehr 620. Jorge

Lopez, Inhaber einer Lebensmittelhandlung im Stadtteil Bronx und seit vier Jahrzehnten eingeschworener Demokrat, ist daher von der Politik seines republikanischen Stadtvaters überzeugt: "I can't

say I like the guy. But he is fighting crime like a champ." ("Ich kann nicht behaupten, daß ich den Mann mag. Aber die Kriminalität bekämpft er wie ein Weltmeister.")

Übergriffe

Dem gegenüber steht die Meinung von Michael Meyers, dem mann der New Yorker Vereinigung für Bürgerrechte. Er beklagt brutale Übergriffe des 40.000 Polizisten umfassenden Sicherheitsgeschwaders

der Stadt sowie das Gefühl der Überwachung. "It's a real problem in terms of people feeling like they live in a police state", so der Bürgerrechtler. ("Es ist ein echtes Problem, daß die

Menschen das Gefühl haben, in einem Polizeistaat zu leben.") Widerstand gegen Giulianis Zero Tolerance-Politik, die sich zunehmend geringeren Vergehen widmet, regt sich auch bei anderen

Interessensgruppen. Die gestreßten und unterbezahlten Fahrer der für das Stadtbild typischen gelben Taxis wehrten sich mit Streiks und Demonstrationen gegen drakonische Maßnahmen, die Übertretungen

der Straßenverkehrsordnung ahnden sollten. Beim Vorschlag der Einführung einer 50-Dollar-Strafe für Fußgänger, die bei Rot eine Kreuzung queren, verweigerte selbst die Polizei ihrem Bürgermeister die

Gefolgschaft mit der Begründung, es gäbe dringendere Probleme. Den Kampf gegen Giuliani verloren haben die Hot-Dog-Verkäufer. Der Straßenverkauf führe angeblich zu unzumutbarem Gedränge auf dem

Gehsteig, weshalb er untersagt wurde. Angezettelt hatte dieses Verbot die Lobby der Fast-Food-Ketten.

Kampf gegen die Stadt?

Mehr und mehr entsteht unter den New Yorkern der Eindruck, ihr Bürgermeister habe nicht der Kriminalität, sondern der Stadt den Kampf angesagt. Besonders die Verbannung der Straßenverkäufer, die

seit der Kolonialzeit Teil des Stadtbildes waren, ließ die Angst aufkommen, die Zero Tolerance-Politik gefährde die Identität der Metropole. Gleichzeitig erfahren soziale Mißstände, unter denen

die Stadt leidet, keine Besserung. Die Schulen sind überfüllt und zum Teil baufällig, die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt, eine Schienenverbindung zwischen Manhattan

und dem JFK-Flughafen besteht noch immer nicht.

Die Übernahme der Zero Tolerance-Politik ist in Europa bislang noch nicht erfolgt. Die Broken Windows-Theorie hingegen fiel auch auf unserem Kontinent auf fruchtbaren Boden. In

Fachkreisen gilt die deutsche Stadt Osnabrück als Vorzeigebispiel für wirksames community policing. Anfang dieses Jahrzehnts entwickelte sich die Drogen- und Beschaffungskriminalität der Stadt

explosionsartig im wahrsten Sinne des Wortes. Die Brutalisierung ging bis zum Schußwaffengebrauch. Die Stadtverwaltung entschied sich daraufhin, dem kriminellen Treiben mit Repression durch

konsequente Rechtsanwendung zu antworten. Ab Mai 1997 wurden unter der Ägide von Kriminaldirektor Ernst Hunsicker Streifen zu Fuß und per Mountain-Bike verstärkt. Die Ordnungshüter hatten den

Auftrag, Ordnungswidrigkeiten nicht nur zu unterbinden, sondern auch durch Anzeigen oder Bußgelder zu ahnden.

Das Ergebnis läßt sich sehen. Die registrierten Straftaten gingen erheblich zurück. Ladendiebstähle in der Innenstadt verringerten sich zum Beispiel um mehr als ein Drittel (33,02 Prozent). Auch die

Gewalt an Schulen der niedersächsischen Stadt konnte eingedämmt werden. Den Schlüssel zum Erfolg beim Kampf gegen Kriminalität sieht Hunsicker aber nicht allein im repressiven Vorgehen. Präventive

Maßnahmen müssen · wie in Osnabrück auch geschehen · das polizeiliche Handeln begleiten. "Zuwachsraten sind eher dort wahrscheinlich, wo sich ausschließlich polizeilicher Verfolgungsdruck auf mono-

phänomene Kriminalitätsfelder beschränkt und daneben die Kriminalprävention sowie Hilfs-/Therapieangebote (z. B. für Junkies) vernachlässigt werden!"

Wenn auch New York als kriminalpolitisches Modell in Europa nicht übernommen wurde, so kann daraus zumindest eine Lehre gezogen werden, die im Widerspruch zu den Vorstellungen zeitgeistiger

sozialtherapeutischer Ansätze steht, die Kriminalität in den Bereich des Pathologischen schieben und daher Strafe als Antwort auf Verbrechen ablehnen. In einem Kommentar für "Die Welt" wettet

der emeritierte Strafrechtsprofessor Eberhard Schmidhäuser gegen die Vorstellung vom Verbrechen als Krankheit: "Wäre nicht, seit Kain den Abel erschlug, die ganze Menschheitsgeschichte von

Verbrechen erfüllt, dann wäre man wohl versucht, die Krankheit zu erforschen, die derartige Untaten zur Folge hat. So aber sieht man, daß es fast nur gesunde Menschen sind, die gute wie böse Taten

begehen." Strafe wäre daher eine unumgängliche Notwendigkeit, den Rechtsfrieden zu sichern.

Das Beispiel New York gibt Schmidhäuser Recht. Strenges Strafen zeigt Wirkung in der Form geringerer Kriminalitätsbelastung. Die Erfahrung, wie wirksam Strafen sein können, wurde auch in Singapur

gemacht, wo die deutlich abschreckende Prügelstrafe wieder eingeführt wurde. In Anbetracht dessen drängt sich jedoch die Frage auf, wie weit der moderne Staat · sei er im fernen Osten oder jenseits

des großen Teichs · eigentlich beim Strafen gehen darf. Das Modell New York sollte daher nicht nur an der beruhigenden Kriminalstatistik, sondern auch an dieser Frage gemessen werden.

URL: [http://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wzreflexionen/kompendium/372448\\_Die-gezaehmte-Metropole.html](http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wzreflexionen/kompendium/372448_Die-gezaehmte-Metropole.html)

© 2013 Wiener Zeitung